19 / 2012 www.sabine-baetzing.de 08.06.12

Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
sie haben es tatsächlich wahr gemacht: Die Koalition hat das Betreuungsgeld beschlossen. Unglaublich, dass sich die CSU hier durchgesetzt hat. Aber was heißt durchgesetzt? Die FDP wurde gekauft mit der privaten Pflegeversicherung und mit was -vor allem- die vielen KollegINNEN aus der CDU „beeindruckt“ wurden, wird sich noch herausstellen. Jedenfalls wird es interessant sein, sich die Auswertung der namentlichen Abstimmung genauer anzuschauen. Diese wird ja wohl noch vor der Sommerpause, also in den nächsten zwei Sitzungswochen - stattfinden. Es wird spannend! Spannend wird aber auch die Fußball-Europameisterschaft, die ab heute in Polen/Ukraine stattfindet. Im Sportausschuss des Deutschen Bundestages haben wir uns gegen einen Boykott der Spiele ausgesprochen - aber für ein genaueres Hinschauen, vor allem VOR der Vergabe solcher sportlichen Großereignisse. Drücken wir also dem besten Team die Daumen ☺ Herzlichst

eure Sabine

Berlin

Paul-Löbe-Haus
Platz der Republik
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk2.bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk.bundestag.de

Topthema

EU-Reformprogramm – Empfehlungen bestätigen uns!

Die Empfehlungen der Europäischen Kommission zum Nationalen Reformprogramm 2012 der Bundesregierung bestätigen unsere Kritik: Die Maßnahmen der Regierung in der Sozialpolitik, in der Beschäftigungspolitik und auch in der Bildungspolitik sind falsch.

Während die Bundesregierung die Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik zusammengestrichen hat, empfiehlt die Europäische Kommission, "geeignete Aktivierungs- und Integrationsmaßnahmen speziell für Arbeitslose" aufrechtzuerhalten. Zudem müssten Frauen, Geringqualifizierte, Geringverdiener, Personen mit Migrationshintergrund, und ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stärker an der Beschäftigung beteiligt werden, um den Fachkräftemangel und den drohenden Wohlstandsverlust aufgrund des demografischen Wandels abzuwenden. Besonders gefährdet seien Minijobber und Langzeitarbeitslose in Deutschland. Die Armutsquote trotz Erwerbstätigkeit liege für Leiharbeiter und Alleinerziehende in Deutschland über dem jeweiligen EU-Durchschnitt.

Deshalb reicht es nicht aus, dass die Bundesregierung lediglich die Anzahl der Langzeitarbeitslosen verringern will, um die Armut in Deutschland zu reduzieren. In vielen Fällen verschärft die Bundesregierung die Probleme: Neben den Kürzungen in der aktiven Arbeitsmarktpolitik betrifft das die Einführung des Betreuungsgeldes, auf das sich die Koalition von CDU/CSU und FDP in einem Kuhhandel geeinigt hat. Die Europäische Kommission hat erneut festgestellt, dass das Betreuungsgeld "im Widerspruch zu dem Ziel einer Erhöhung des Frauenanteils unter den Beschäftigten" steht. Außerdem sieht die Europäische Kommission die Gefahr, dass durch das Betreuungsgeld "mehr Kinder und gerade solche aus einkommensschwachen Familien nicht an der frühkindlichen Erziehung und Betreuung" teilnähmen. Deshalb empfiehlt sie der Bundesregierung ausdrücklich, die Anzahl der Kindertagesstätten und Ganztagsschulen zu erhöhen. Die Kritik der Europäischen Union an der schwarz-gelben Bundesregierung, die sich nicht um sozial- und bildungspolitische Ziele kümmert, ist eindeutig.

Gut ist, dass wir von anderen europäischen Ländern lernen könnten, die wie zum Beispiel Frankreich, schon seit vielen Jahren die Kinderbetreuung ausgebaut und gleichzeitig eine höhere Frauenerwerbsquote und höhere Geburtenraten haben. Schlecht, dass die Bundesregierung von diesen Ländern nicht lernen will. Wir fordern daher die Bundesregierung auf, die Empfehlungen der Europäischen Kommission umzusetzen und den sozialen Zielen der Europäischen Union mehr Bedeutung beizumessen.

Familie & Gleichstellung

Betreuungsgeld & Co– Mehrheit der Vernunft gesucht!

Das Betreuungsgeld kommt. Mehr Hilfen für den Kitaausbau kommen nicht. Eine Frauenquote für Aufsichtsräte ist gescheitert. Merkel, Seehofer und Rösler haben gestern gleich drei Mal die Weichen falsch gestellt. Sie sind an der Herausforderung gescheitert, moderne Familien- und Gleichstellungspolitik zu gestalten. Das Betreuungsgeld ist in jeder Hinsicht falsch: Es verschlechtert Bildungschancen, es erschwert Integration, es ist eine Falle für Frauen. Deshalb werden wir es weiter konsequent bekämpfen. Selbst in den Reihen der Koalition hat das Betreuungsgeld zahllose Gegnerinnen und Gegner. Jetzt kommt es darauf an, aus der überwältigenden gesellschaftlichen Ablehnung eine Mehrheit der Vernunft im Bundestag zu schmieden.

1,2 Milliarden Euro für das Betreuungsgeld sind eine kapitale Fehlinvestition, sie fehlen beim Kitaausbau. Doch für den hat die Koalition nicht mehr übrig als warme Worte. Zu einer dringend notwendigen stärkeren und nachhaltigen Beteiligung des Bundes konnte sich diese Bundesregierung nicht durchringen. Nicht anders sieht es aus bei der Frauenquote für Aufsichtsräte. Diese Regierung hat noch nicht mal die Kraft, sich auf die windelweiche Flexiquote zu verständigen.

Drei Mal verständigt, drei Mal falsch entschieden - die Bilanz der Bundesregierung in der Familien- und Gleichstellungspolitik ist vernichtend.

Sabines Woche Infoservice

Gesundheit

Organspende – Jeder soll für sich entscheiden!

Am Samstag war der Tag der Organspende. Das Motto lautet „Richtig, Wichtig, Lebenswichtig“. Unsere Gesellschaft braucht mehr Verantwortung, Mitmenschlichkeit und gegenseitige Hilfe. Sie braucht mehr Menschen, die "Ja" sagen zur Organspende, damit schwerkranke Patientinnen und Patienten Lebenszeit und Lebensqualität geschenkt bekommen. Mehr Bürgerinnen und Bürger als bisher sollen künftig ihre - hoffentlich positive - Entscheidung zur Postmortalspende auf einem Organspendeausweis dokumentieren.

Für diese Entscheidungslösung hat der Deutsche Bundestag in der vergangenen Woche die rechtlichen Grundlagen geschaffen und in einem breiten überfraktionellen Konsens das Transplantationsgesetz geändert. Ein großer Erfolg ist die bessere Absicherung der Lebendspender. Wir haben die Lohnfortzahlung und die Krankengeldleistung für die Lebendspender neu geregelt, mehr Klarheit beim Versicherungsschutz geschaffen und die Nachbehandlung verbessert.

Ob sich durch die gesetzlichen Neuregelungen auch die Geschlechterunterschiede in der Organspende nivellieren, wird die Zeit zeigen: Zur Zeit haben Frauen signifikant häufiger einen Organspendeausweis als Männer. Frauen spenden sowohl postmortal und auch als Lebendspenderinnen häufiger Organe als Männer. Aber Männer empfangen häufiger Organe. Die nicht nur in Deutschland zu beobachtende Geschlechterdifferenz in der Organspende muss intensiver thematisiert werden. Wir müssen Initiativen ergreifen, um mehr Männer zum Spenden ihrer Organe zu ermuntern.

Der von Selbsthilfeverbänden ins Leben gerufene "Tag der Organspende" jährt sich in diesem Jahr zum dreißigsten Mal. Er ist ein Tag der Information und ein symbolischer Tag des Dankes an alle Organspenderinnen und Organspender.

Gesundheit

Private Pflegevorsorge – Die Versicherungen freuen sich!

Am Montag haben sich die Vertreter der Regierungskoalition auf die private Pflegevorsorge geeinigt. Die Koalition verteilt damit Geschenke an die Versicherungswirtschaft. Statt die soziale Pflegeversicherung auf eine langfristige und nachhaltige finanzielle Grundlage zu stellen, sollen die Menschen privat vorsorgen.

Geringverdiener können sich jedoch diese zusätzlichen Kosten nicht leisten. Menschen die hohe Pflegerisiken aufweisen, werden wahrscheinlich gar nicht erst versichert. Der private Pflege-Bahr läuft ins Leere. Er ist genauso unausgegoren, wie das gesamte Pflege-Projekt der Bundesregierung.

Sie scheut sich den dringend benötigten Pflegebedürftigkeitsbegriff umzusetzen und andere wichtige Projekte in der Pflege, wie zum Beispiel den Ausbau der Pflegeinfrastruktur, voran zu treiben.

Die Regierung ist mit dem Projekt Pflege gescheitert.

Bildung

Bund und Länder – Endlich zusammenarbeiten!

Die Bertelsmann-Stiftung hat am Dienstag zwei Studien vorgestellt. Sie zeigen eines deutlich: der weitere Ausbau des Ganztagsschulangebots ist sinnvoll, machbar und bezahlbar.

Voraussetzung ist, dass neben dem weiteren Ausbau der Plätze auch die Bildungsqualität gleichrangig gefördert wird. Vor allem müssen Bund und Länder hier dauerhaft zusammenarbeiten können. Das Kooperationsverbot im Grundgesetz verhindert jedoch derzeit eine gemeinsame Kraftanstrengung. Hieran ändert auch der Gesetzentwurf der Bundesregierung nichts, der die Verfassung nur zu Gunsten der Spitzenforschung an Hochschulen öffnen will.

Dies geht an den Problemlagen in Kitas, Schulen und selbst Hochschulen aber völlig vorbei. Deshalb lehnen wir den Regierungsentwurf ab und haben einen breiteren Bildungsartikel 104c vorgeschlagen. Wer mehr und bessere Ganztagsschulen will, muss das Kooperationsverbot gänzlich abschaffen. Die positiven Potenziale ganztägiger Schulangebote zeigen sich bereits bei ersten wissenschaftlichen Untersuchungen. Sie können aber nur dann wirken, wenn beide Ziele, der Ausbau des Angebots wie die Bildungsqualität, gleichzeitig verfolgt werden.

Das ist die Erkenntnis des ersten rot-grünen Ganztagsschulprogramms. Die notwendigen Mittel sind ohne den Bund allerdings kaum aufzubringen. Wir haben mit unserem Grundgesetzvorschlag und dem Nationalen Pakt für Bildung und Entschuldung einen Weg aufgezeigt, wie gemeinsame Verantwortung, Haushaltskonsolidierung und jährlich 20 Milliarden Euro mehr für Bildung gleichzeitig erreicht werden können. Entsprechend hat unsere Bundestagsfraktion den Ganztagsschulausbau zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit bis zur Bundestagswahl 2013 gemacht.

Im Rahmen der Zukunftsprojekte wird ein Konzept erarbeitet, um spätestens 2020 einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz einzuführen und parallel qualitative Verbesserungen zu erreichen. Im Herbst 2012 wird die Fraktion ihre Überlegungen für diesen "Masterplan Ganztagsschule 2020" vorstellen. Die beiden neuen Studien kommen so gesehen auch zur rechten Zeit, um hier noch berücksichtigt zu werden.

In eigener Sache

Sabines Woche – Empfehlungen für ein Abo!

Jeden Freitag erscheint dieser Newsletter. Wir versenden ihn etwa an 600 Abonnenten. Weitere Interessenten hinzuzufügen ist für uns kein großer Aufwand. Verschickt die Ausgabe doch mal per Mail an Freunde und Verwandte. Wenn ihnen unser Newsletter gefällt, können sie ihn leicht bekommen. Eine Mail an sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk2.bundestag.de und schon ist es erledigt!

Bonbon

„Es war richtig gut dass @sigmargabriel + ich gemeinsam in der Asse waren. Hat Vielen Mut gemacht! Das Beste: Der Förderkorb hat gehalten!“

(Peter Altmaier, CDU)

Termine

08.06.12	**15.00 Uhr**	**Pressekonferenz MIND Award**
09.06.12	**11.00 Uhr**	**Tibet-Gesprächskreis AK**
10.06.12	**11.00 Uhr**	**Grillfest SPD Altenkirchen**
	14.00 Uhr	**Franziskaner-Brüder, Hausen**
11.06.12 – 15.06.12		**Sitzungswoche in Berlin**